

## Immer noch DIE Herausforderung schlechthin!



In den letzten 4,5 Jahren hat sich in der Luxemburger Energie- und Klimapolitik viel getan. Der Ausbau der Erneuerbaren ging voran, die Energieeffizienz wurde gesteigert und die Emission der klimaschädlichen Treibhausgase ging zurück. Zum ersten Mal seit langem sieht es so aus, als ob unser Land die von der EU festgelegten Klima- und Energieziele 2020 meistern könne. Positiverweise kommt hinzu, dass die aktuelle Regierung auf EU-Ebene in vielen Klima- und Energie-dossiers mit Horizont 2030 zu den ambitioniertesten zählt - und auch bei der Solidarität mit den Entwicklungsländern im Klimabereich einen fairen Beitrag leistet.

Trotz aller Fortschritte aber bleibt enorm viel zu tun, liegen doch die pro Kopf-Emissionen Luxemburgs immer noch weit über, und der Anteil der Erneuerbaren am Gesamtenergiebedarf weit unter dem EU-Durchschnitt.

Der extrem hohe Energiebedarf im Transportsektor - sowohl bei der nationalen als auch der internationalen Fahrzeugflotte (Stichwort Tanktourismus) - belastet die Klimabilanz unseres Landes schwer.

Auch in anderen Sektoren, wie dem Wohnen, der Wirtschaft oder der Ernährung sind weitere, bedeutende Anstrengungen von Nöten, will Luxemburg seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele des Pariser Abkommens (Begrenzung der globalen Erderwärmung deutlich unter 2 °C) leisten.

Nur durch eine kohärente Herangehensweise wird es möglich sein, diese schwierigen Aufgaben zu meistern. Die Themenfelder Klimaschutz und Energiepolitik, darin inbegriffen auch die Frage der Besteuerung der unterschiedlichen Energieträger, müssen konsequent zusammen geführt werden.

Fragen wie „Welches Wachstum für unser Land?“ oder „Welches Finanzierungsmodell für unsere Sozialsysteme?“ sind dabei grundlegend und müssen Antworten erhalten, die sowohl nachhaltig wie konsensfähig sind. Sie dürfen also weder die Augen vor der drohenden Klimakatastrophe verschließen noch sozial ungerecht sein.

## 1 Nationales Klimaschutzgesetz verabschieden

In einer ganzen Reihe von Staaten und Regionen wurde mittlerweile entweder ein Klimaschutzgesetz verabschiedet oder steht zur Diskussion. Nun gilt es auch für Luxemburg nachzuziehen und Klimaschutz konsequent legislativ zu verankern.

Ein solches Gesetz müsste klare sektorische Reduktionsziele für alle Bereiche, wie z.B. Transport, Industrie, Landwirtschaft, Wohnen usw. festlegen und konkrete Instrumente zum Erreichen dieser Vorgaben benennen, die über isolierte Maßnahmen hinaus einen rechtsverbindlichen Orientierungsrahmen für alle Akteure darstellen.

Klimaschutz wird durch ein solches Gesetz nicht mehr nur ein strategisches Ziel, sondern eine rechtliche und politische Verbindlichkeit. Dabei muss klar sein, dass die bisher innerhalb der EU festgelegten Ziele den Anforderungen des Pariser Abkommens auf keinen Fall Genüge tun - hierzu wäre eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen von wenigstens 55% bis 2030 notwendig. Aufgrund der Arbeiten zum 3. Nationalen Aktionsplan Klima, welche noch im Laufe der aktuellen Legislaturperiode abgeschlossen sein sollen, muss die neue Regierung direkt zu Beginn der nächsten Legislaturperiode mit den Arbeiten für ein derartiges Gesetz beginnen und diese spätestens innerhalb von 2 Jahren abschließen. Darin muss auch das langfristige Ziel einer völligen Klimaneutralität unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells bis 2050 verankert sein.

## 2 Auf EU-Ebene Klimaziele im Einklang mit dem Pariser Abkommen einfordern

Um die globale Erderwärmung auf „deutlich unter 2°C“ zu begrenzen, muss die EU weitaus größere Anstrengungen unternehmen und ihre Ziele betreffend Treibhausgas-Emissionen, erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz für das Jahr 2030 nach oben korrigieren.

Die neue Regierung sollte sich hier in den nächsten Jahren u.a. für die Steigerung und den verpflichtenden Charakter der Zielvorgaben auf EU- und nationaler Ebene, für ein Ende der zahlreichen Schlupflöcher (ETS, Effizienz ...) sowie für ein präzises Monitoring und Reporting der EU und der Mitgliedsstaaten einsetzen.

## 3 Klimaschutzziele im Land selbst erreichen und Rückgriff auf flexible Mechanismen ablehnen

Auch wenn aktuell nicht klar ist, inwieweit für den Zeitraum 2020-2030 noch sogenannte flexible Mechanismen innerhalb der EU Gültigkeit haben werden: die dringend notwendige Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie die Steigerung der Effizienz und des Anteils der Erneuerbaren im Energiemix sind vorrangig auf dem nationalen Territorium zu verwirklichen, auch aus Gründen der Unabhängigkeit von anderen Staaten/Regionen sowie der regionalen Wirtschaftsförderung.

Erwartet werden klare diesbezügliche Aussagen im Koalitionsabkommen und entsprechende Schlussfolgerungen im Rahmen des geforderten Klimaschutzgesetzes.

## 4 Klima- und Nachhaltigkeitscheck bei politischen Entscheidungen einführen

Bereits die aktuelle Regierung hatte sich vorgenommen, einen Nachhaltigkeitscheck auszuarbeiten, mit dessen Hilfe alle Regierungsentscheidungen auf ihre Auswirkungen hin überprüft werden sollten. Ideen liegen mittlerweile vor, die neue Regierung muss dieses Instrument zügig umsetzen.

## 5 Klima- und Energiekompetenzen in einem Ministerium bündeln

Die bisherige Aufteilung der Energie- und Klimafragen auf das Wirtschafts-, das Nachhaltigkeits- und zum Teil auch auf das Wohnungsbauministerium hat sich auch in der aktuellen Legislaturperiode als wenig effizient erwiesen.

Deshalb erneuert der Mouvement Ecologique seine Forderung nach einer Bündelung der Kompetenzen im Energie- und Klimaschutzbereich im MDDI, so dass hier eine kohärente Politik verfolgt und ausreichend Personalkapazitäten mit entsprechendem Know-how gebündelt werden können. Übrigens auch bei der ständigen Vertretung Luxemburgs bei der EU in Brüssel.

## 6 Energie und Klimaschutz als Aufgabengebiete der Umweltverwaltung stärken

Im Rahmen der Reform der Umweltverwaltung wurden die Themenfelder Klimaschutz und Energieeffizienz nicht als ausreichender Bestandteil der Aufgabengebiete verankert. Dies muss unbedingt nachgeholt werden und ist umso wichtiger, wenn aufgrund des Klimaschutzgesetzes neue Herausforderungen auf die Verwaltung zukämen.

## 7 Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer

Wie in anderen Ländern (Dänemark, Schweden, Frankreich...) schon geschehen, sollte auch in Luxemburg eine CO<sub>2</sub>- oder Kohlensteuer eingeführt werden. So kann ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden, von klimaschädlichen Energieträgern Abschied zu nehmen, und dies in allen Sektoren (Haushalte, Transport, Produktion & Handel, Landwirtschaft...). Die Einnahmen dieser neuen Steuer können z.B. für Effizienzprogramme, den Ausbau des öffentlichen Transports usw. verwendet werden. Ein wichtiger Teil dieser Neuausrichtung soll die Ergänzung der bisherigen Energiesteuern auf fossilen Brenn- und Treibstoffen um eine CO<sub>2</sub>-Komponente sein.

## 8 Ausstieg aus dem Tanktourismus beschleunigen und Alternativen zum Verbrennungsmotor fördern

Der Transportsektor ist Luxemburgs größter CO<sub>2</sub>-Emittent, der Treibstoffexport/Tanktourismus alleine ist verantwortlich für rund die Hälfte der nationalen Emissionen. Die Ende 2016 vorgestellte Studie hat klar gemacht: Die negativen Konsequenzen des Tanktourismus auf Umwelt, Gesundheit oder Infrastrukturen überwiegen bei weitem die reinen Steuereinnahmen, makroökonomisch ist der Tanktourismus ein Verlustgeschäft mit 3,5 Milliarden jährlichen Kosten versus 2,1 Milliarden Einnahmen. Zudem fördert der Tanktourismus Umwege von Fahrzeugströmen und erhöht die Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs gegenüber dem öffentlichen Transport sowie der sanften Mobilität.

Die nächste Regierung muss sich - im 3. Nationalen Aktionsplan sowie im Klimaschutzgesetz - zum graduellen Ausstieg aus dem Tanktourismus bekennen und Strategien zum Ausgleich der Defizite im Haushalt entwickeln. Das Erhalten des „Status quo“ ist nicht weiter hinnehmbar.

Außerdem sollten alle Dienstfahrzeuge mit Dieselmotoren steuerlich deutlich schlechter gestellt werden, ebenso wie Benziner mit mehr als 110g CO<sub>2</sub>/km. Parallel dazu müssen in Zukunft Elektrofahrzeuge mit Direktsubventionen anstatt mit „Abattements“ gefördert werden, um Haushalte mit geringerem Einkommen nicht zu benachteiligen.

## **9 Erneuerbaren Energien immer und überall den Vorzug geben**

In den letzten Jahren hat sich in Luxemburg viel in punkto Ausbau der Erneuerbaren Energien getan. Trotzdem bleibt das Erreichen des nationalen Zieles von 11% im nationalen Gesamtenergieverbrauch bis 2020 vorerst abhängig vom Einkauf bei anderen EU-Staaten, respektive von der Beimischung sogenannter Agrosprits zu Diesel und Benzin. Ob ersteres auch für das EU-Ziel 2030 möglich sein wird, bleibt abzuwarten. Dass Agrokraftstoffe mehr Probleme schaffen, als sie zu lösen vermögen, ist hingegen heute schon gewusst.

Deswegen ist es auch weiterhin nötig, den Ausbau der Erneuerbaren auf der einen Seite zu fördern, und auf der anderen Seite Hemmnisse abzuschaffen und dafür zu sorgen, dass das zukünftige Energiesystem sozial gerecht gestaltet wird. Dazu gehört u.a., dass die Einspeisetarife für Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft usw. regelmäßig überprüft und angepasst, dass die Energienetze konsequent auf 100% Erneuerbare vorbereitet, dass Anschlussgebühren von Produktionsanlagen entweder sozialisiert oder via Einspeisetarife neutralisiert werden, und dass der Eigenkonsum von produziertem Strom vernünftig reglementiert wird. Dazu gehört aber auch, dass Betriebe und Industrie sich stärker finanziell am Aus- und Aufbau des Energienetzes und der Erneuerbaren beteiligen sollen – und dies nicht wie bisher vorrangig auf Kosten der Haushalte geschieht.

Bei dem komplexen Thema der Energiegewinnung durch Biomasse müssen u.a. die nachhaltige Produktion der Rohmaterialien, der zunehmende Druck auf die forst- und landwirtschaftliche Fläche und die Kaskadennutzung immer im Fokus stehen.

## **10 Die Reduzierung des Energieverbrauchs muss eine absolute Priorität werden!**

Um den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht zu werden, muss es zu einer drastischen Einschränkung des Energiebedarfs kommen. Nur so kann gewährleistet werden, dass der verbleibende Energiebedarf zu 100% klimaneutral oder CO<sub>2</sub>-frei abgedeckt wird.

Auch wenn in den vergangenen Jahren einiges in punkto Effizienzsteigerung erreicht wurde, wie zum Beispiel im Wohnungsbau oder auch der Industrie, und der Gesamtenergiebedarf Luxemburgs trotz Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum zurückging, liegt der pro Kopf-Energieverbrauch hierzulande immer noch deutlich über dem europäischen Durchschnitt.

Votum Klima fordert die nächste Regierung auf, verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um konsistente und dauerhafte Energieeinsparungen in allen Sektoren umzusetzen.

Reine Effizienzgewinne, welche zudem durch den Rebound-Effekt teilweise neutralisiert werden, reichen hierfür nicht aus. Auch eine Infragestellung unseres Wirtschaftsmodells - und damit unseres Lebensstils - wird hierfür erforderlich sein. Konzepte wie Suffizienz oder 2000-Watt Gesellschaft sollten vertieft und in aller Transparenz mit verschiedenen Akteuren diskutiert werden.

Zudem soll die Regierung weitere gezielte Beratungs- und Förderprogramme im Bereich Energieeinsparungen für alle relevanten Sektoren wie Haushalte, Klein- und Mittelbetriebe, Industrie, Handel, Landwirtschaft usw. auflegen, und dabei auch auf soziale Gerechtigkeit achten.

## **11 Spezifische Unterstützungsprogramme für einkommensschwache Haushalte einführen / sozialen Wohnungsbau energetisch optimieren**

Die Klimabank sollte zu einem Entgegenkommen der Hilfestellungen für Personen mit geringerem Einkommen führen. Inwiefern diese Ziele wirklich erreicht wurden, ist dem Mouvement Ecologique nicht bekannt. Die nächste Regierung sollte dieses Thema als oberste Priorität angehen, die Resultate der Klimabank kritisch bewerten und ggf. weiterführende Instrumente beschliessen.

Die im Ausland bestehenden Modelle, sozialen Wohnungsbau mit energetischer Sanierung zu verknüpfen, sollten analysiert werden und ggf. auf die Luxemburger Situation angepasst, umgesetzt werden.

## **12 Problematik der Mietwohnungen angehen**

Der Energiestandard ist vor allem im Mietbereich häufig nicht sonderlich gut, da Eigentümer der Mietwohnungen die Energiekosten an die Mieter weitergeben. Sanierungen dagegen sind für Vermieter nur direkt rentabel, falls sie mit einer Mieterhöhung einhergehen - was wiederum schlecht für den Mieter ist.

Alle bestehenden Gesetze und Förderprogramme sind dahingehend zu überarbeiten (Mietgesetz, Wärmeschutzverordnung, Abschreibemöglichkeiten...), dass Lösungen für diese Problematik gefunden werden. Beim sozialen Wohnungsbau müssen staatliche und kommunale Strukturen mit gutem Beispiel vorangehen.

## **13 Konsequente Fortentwicklung von „myenergy“ durch klare Prioritätensetzung**

Die nationale Energieagentur myenergy hat sich in den letzten Jahren in vielerlei Hinsichten positiv entwickelt. Es erscheint sinnvoll, die Beratungsarbeit in den nächsten Jahren noch stärker auf eine Reihe von Zielgruppen zu konzentrieren (u.a. einkommensschwache Haushalte, ausländische MitbürgerInnen), dies im Rahmen entsprechender Strategien. Zudem gilt es verstärkt auf die Multiplikatoren einzuwirken (u.a. Architekten, Handwerkskreise..), dies u.a. auch in Zusammenhang mit den neuen Instrumenten (PrimeHouse zur Förderung umweltschonender Baumaterialien, LENOZ (Nachhaltigkeitszertifizierung von Wohngebäuden)) sowie die Problematik der Mietwohnungen bzw. der Mehrfamilienhäuser anzugehen (siehe vorherige Punkte).

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode sollten sich die zuständigen Ministerien gemeinsam mit Akteuren (Gemeinden, Nicht-Regierungsorganisationen, Handwerkskreise..) zusammensetzen und gemeinsam Prioritäten für die Arbeit von myenergy festhalten.

## 14 Flug- und Schiffsverkehr klimafreundlicher gestalten

Der wachsende Flug- und Schiffsverkehr trägt in erheblichem Masse zum Ausstoß von klimaschädlichen Emissionen zu.

Die neue Regierung sollte das Erteilen von Lande- und Starterlaubnissen am Flughafen Findel sowie die Eintragung von Schiffen ins Luxemburger Maritim-Register nur noch für Flugzeuge und Schiffe mit den höchsten Effizienzkriterien ermöglichen. Auf EU- sowie auf UN-Ebene sollte sich Luxemburg dafür einsetzen, dass beiden Transportmittel deutliche Emissionsreduktionen auferlegt werden.

## 15 Klima- und umweltschädliche Investitionen der öffentlichen Investmentfonds stoppen

Trotz lobenswerter Initiativen fehlt sowohl beim Luxemburger Pensionsfonds (FDC) als auch beim Fonds souverain intergénérationnel du Luxembourg (FSIL) immer noch ein klares politisches Mandat, welches es ermöglichen würde, klima- und umweltschädliche Sektoren wie z.B. die Kohle- oder die Atomindustrie auszuschließen. Dabei gibt es durchaus positive Beispiele z.B. aus Norwegen oder der Schweiz, die belegen, dass auch mit einer nachhaltigen Investmentstrategie gute Renditen erarbeitet werden können.

Zusammen mit der Plattform Votum Klima fordert der Movement Ecologique, dass alle staatlichen Investitionen ethischen und umweltpolitischen Kriterien unterliegen müssen. Ein neu zu gründender Ethikrat soll dies überwachen.

## 16 Einen neuen Ernährungsstil aktiv fördern

In Europa verursacht die aktuelle Ernährungsweise rund 20% der Treibhausgase. Dabei ist Ernährung deutlich mehr als Landwirtschaft - um die gesamte Treibhausgasbilanz zu ermitteln, müssen auch die Emissionen berücksichtigt werden, die bei der Herstellung von Dünger, von Futtermitteln, bei der Verarbeitung und Lagerung von Lebensmitteln sowie beim Transport, bei der Verteilung und im Handel entstehen.

Die neue Regierung sollte dieses Themenfeld ganzheitlich in einem Aktionsplan anpacken: U.a. durch Sensibilisierung der Bevölkerung, durch Beratungsangebote für Familien, Kantinen und Restaurants, durch Unterstützung von regionaler Produktion und Vermarktung sowie von effizienten Transportmitteln, Lager- und Kühlhallen. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf dem Übermaß an Lebensmitteln aus Tierhaltung liegen, welches weder für die Gesundheit der Bevölkerung, noch für das Klima oder das Tierwohl gut ist.

## 17 Verlagerung von Arbeitsplätzen offensiv vorbereiten

Klimaschutz, steigende Energiepreise und die Digitalisierung der Arbeitswelt werden zu Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt führen. Zukunftssträngige Betriebe liegen in Bereichen wie Altbausanierung, öffentlicher Transport oder Elektromobilität. Verlierer werden wohl vor allem energieintensive Betriebe sein. Arbeitsmarktpolitisch ist diese Entwicklung nicht à priori problematisch, sind doch „klimaschonende“ Betriebe häufig weitaus personalintensiver.

Es gilt diesen Übergang jedoch vorzubereiten, sowie dies ja auch in der Rifkin-Strategie thematisiert wurde. Entsprechend sollten Staat und soziale Akteure die für Luxemburg relevanten Bereiche klar definieren und Strategien in die Wege leiten, z.B. in Bezug auf Umschulungen, Homeoffice und Arbeitszeitverkürzung.

## 18 Rolle der Gemeinden als „Wirtschaftsakteure“ im Energiebereich definieren

Die Rolle der Gemeinden als aktive Akteure bei Energieprojekten, zumindest wenn diese Gewinne abwerfen können, ist leider immer noch nicht geklärt. Die Teilnahme hieran wird den Gemeinden seitens des Innenministeriums manchmal verwehrt oder erschwert, ohne dass gewusst wäre nach welchen Kriterien dies geschieht. Dabei werden im Rahmen des Klimapaktes sicherlich viele neue kommunale Projekte entstehen, so dass eine Klärung der Schlüsselfrage, inwiefern die Gemeinden diese Rolle übernehmen dürfen, unbedingt notwendig erscheint.

Innen- und Umweltministerium sollten gemeinsam nach Wegen suchen, dass Gemeinden als Akteure auftreten können (wie dies z.B. auch in der Wohnungsbaupolitik der Fall ist) und eine entsprechende Empfehlung an die Gemeinden richten. Ansonsten werden sinnvolle Projekte, wie z.B. kommunale Nahwärmenetze mit Anschluss von Privathaushalten, nicht vorankommen.

## 19 Lastenhefte mit Gemeinden für klimaverträgliche Beschaffung entwickeln

Obwohl während der vergangenen Jahre hieran gearbeitet wurde, fehlt es immer noch an juristisch überprüften Textvorlagen seitens des Nachhaltigkeitsministeriums für Ausschreibungen seitens der Gemeinden. Gebraucht werden z.B. rechtlich unanfechtbare Lastenhefte für Kopierer, Computer, Drucker, Büromaterial, Baumaterialien usw.

Das Umweltministerium sollte zügig modellhafte Lastenhefte vorlegen, die sowohl ökologischen als auch sozialen Kriterien gerecht werden. Dies ist umso wichtiger, als mit dem neuen Gesetz betreffend die „marchés publics“ derartige Bestimmungen ausdrücklich zugelassen, ja erwünscht sind.

## 20 Immer wieder aufs Neue: das Nein zu Atomkraft bekräftigen!

Atomenergie ist keine Lösung für das Klimaproblem: aktuell werden nur 6,5% des weltweiten Energiebedarfs hiermit abgedeckt. Atomenergie bleibt eine gefährliche Energiequelle, Uran als Rohstoff ist zudem begrenzt. Die Luxemburger Energiepolitik muss sich in der Kontinuität ihrer bisherigen Position **von der Atomenergie weiterhin distanzieren**, sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass keine weiteren Gelder hierfür zum Einsatz gelangen und sich bei den belgischen und französischen Regierungen für die Schließung der grenznahen AKWs stark machen. Die Regierung sollte ebenfalls die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen, um juristischen und fachlichen Sachverstand in diesen grenzüberschreitenden Dossiers zu sichern - und dann auch die daraus abzuleitenden Schritte, wie z.B. eine Klage, konsequent durchziehen.

Der Entwurf eines **Haftungsgesetzes**, der von der aktuellen Regierung vorgelegt wurde, ist konsequent weiter zu entwickeln.

Der **Euratom-Vertrag sollte grundlegend reformiert** werden, um weitere Fortschritte zur Ablösung der (auch finanziell nicht mehr vertretbaren) Risikotechnologie zu erreichen. Die Luxemburger Regierung muss sich demnach dafür einsetzen, dass in Zukunft u.a. keine öffentliche Subventionierung von neuen Atomreaktoren mehr möglich ist, eine Beteiligung staatlicher Fonds an Atomkraftwerken beendet wird, klare Haftungsregeln für die Betreiber eingeführt werden und die Forschung im Bereich der Atomenergie eingestellt wird.